

Kreisgebietsreformen: So gehen Mandatsträger mit den Herausforderungen um

Befragungsergebnisse aus Sachsen und Empfehlungen

Wenn im Zuge einer Gebietsreform der geografische Zuschnitt der Landkreise neu geordnet wird, ändert sich auch die Arbeit der Kreistagsabgeordneten. Fahrtstrecken werden länger, die Arbeitslast wächst mit der vergrößerten Region, im Ergebnis sinkt die Motivation zur Kandidatur. So die allgemeine Annahme. Aber stimmt das auch? Antworten liefert eine Umfrage unter sächsischen Kreisräten zu ihren Erfahrungen mit der Kreisgebietsreform von 2008. Das Institut für den öffentlichen Sektor hat daraus Handlungsempfehlungen für die Umsetzung von Gebietsreformen abgeleitet.

1. Das vergrößerte Kreisgebiet führt bei der Ausübung des Kreistagsmandats zu einem erhöhten Zeitaufwand und einer stärkeren Arbeitsbelastung. 70 Prozent der Befragten erleben seit der Reform einen insgesamt höheren Zeitaufwand bei der Mandatsausübung, zum Beispiel in Form von längeren Fahrtzeiten, mehr Terminen sowie einem höheren Vor- und Nachbereitungsaufwand. Die große Mehrheit der Kreisräte schätzt diese Veränderungen allerdings nicht als so gravierend ein, dass sie die ehrenamtliche Ausübung des Mandats generell infrage stellen.

Empfehlung: mehr hauptamtliches Personal in den Fraktionen

2. Seit der Kreisgebietsreform erfolgen mandatsbezogene Tätigkeiten verstärkt über die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien. Drei Viertel der Befragten, die vor und nach der Reform als Kreisrat tätig waren, nutzen seit der Kreisgebietsreform vermehrt digitale Hilfsmittel. Von diesen geben immerhin knapp zwei Drittel an, dass sie dadurch entstandene Zusatzaufwände kompensieren können. Gut 80 Prozent der Kreis-

räte wünschen sich einen Ausbau des digitalen Angebots. Während die Voraussetzungen zur Kommunikation per E-Mail und zur Nutzung digitalisierter Unterlagen gut bewertet werden, sehen die Befragten vor allem bei der Konferenztechnik noch einen deutlichen Nachholbedarf.

Empfehlung: weiterer Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnologie

3. Das Kreisgebiet wird weniger überschaubar. Den befragten Kreisräten fällt es im Durchschnitt schwerer, den Überblick über die kreisangehörigen Gemeinden zu behalten. Aber: Die Befragten nehmen diese Herausforderung an und fühlen sich dadurch nicht grundsätzlich überfordert. Lediglich 16 Prozent beurteilen die Überschaubarkeit ihres Landkreises nach der Reform als mangelhaft oder gar ungenügend.

Empfehlung: zielgerichtete Arbeitsteilung, etwa in Form von fraktionsinternen Arbeitsgruppen und Ausschüssen, in denen Mandatsträger aus allen Kreisregionen vertreten sind

DIE UMFRAGE ZUR SÄCHSISCHEN KREISGEBIETSREFORM

Im Zuge der sächsischen Kreisgebietsreform 2008 wurde die Zahl der Landkreise und kreisfreien Städte von 29 auf 13 verringert. Die vorliegenden Empfehlungen basieren auf einer Online-Befragung von 138 sächsischen Kreisräten (Rücklaufquote: 24 Prozent) vom November 2015. Die Umfrage wurde von Svenja Ems im Rahmen einer durch das Institut für den öffentlichen Sektor unterstützten Forschungsarbeit am Kommunalwissenschaftlichen Institut der Universität Potsdam durchgeführt und ist 2016 als KWI-Arbeitsheft 24 erschienen (Titel: „Die Kreisgebietsreform im Freistaat Sachsen: Auswirkungen des territorialen Neuzuschnitts auf die Wahrnehmung des kommunalpolitischen Ehrenamts“).

Gefördert durch



4. Die Vergrößerung der Kreistage erschwert die Gremienarbeit.

Ein größeres Kreisgebiet mit mehr Gemeinden bedeutet automatisch auch mehr Mandatsträger, größere Ausschüsse, Fraktionen und ein größeres Plenum. Die Umfrageergebnisse zeigen: Der Koordinationsaufwand und Abstimmungsbedarf innerhalb der Gremien steigt. Immerhin 38 Prozent der Befragten schätzen die Mitgliederzahl des Kreistags nach der Reform als zu hoch ein.

Empfehlung: stärkere Verlagerung von Einzelthemen in vorbereitende und unter Umständen sogar entscheidungsbefugte Ausschüsse

5. Nach der Gebietsreform kommt es zu einer stärkeren fachlichen Spezialisierung innerhalb der Fraktionen und Ausschüsse.

61 Prozent der Befragten bestätigen diesen Befund. Und das muss nicht schlecht sein, zwei Drittel der befragten Kreisräte empfinden diese Spezialisierung als hilfreich für die Ausübung ihres Mandats.

Empfehlung: Prüfung des Ausbaus von Fachausschüssen und fraktionsinternen Arbeitsgruppen

6. Die neuen Rahmenbedingungen haben keine Auswirkungen auf die Bereitschaft der Kandidaten, sich zur Kreistagswahl zu stellen.

Die in der Diskussion häufig vorgebrachte Kritik, dass die zusätzliche Belastung vor allem beruflich ausgelastete Bürger vom konkreten Engagement abhält, wird von den Ergebnissen nicht gestützt. Weder hat die Gebietsreform der Motivation der aktiven sächsischen Lokalpolitiker geschadet noch ging die Bewerberzahl seitdem zurück. Auch der Anteil der berufstätigen Mandatsträger hat sich nach der Reform nicht verändert.

Fazit: Das kommunale Ehrenamt ist nicht in Gefahr, aber bessere Ausstattung und mehr Unterstützung sind nötig

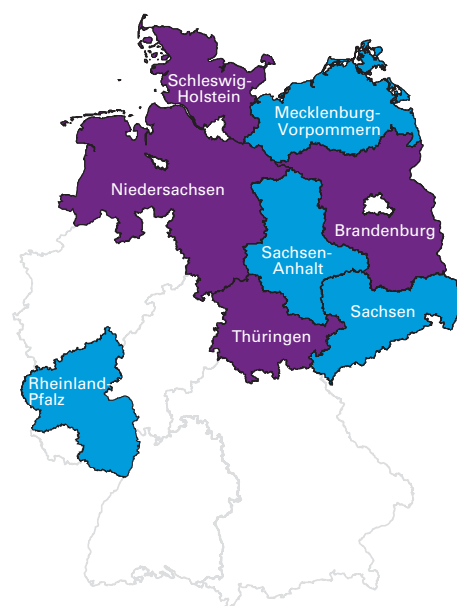
Die Umfrage unter den sächsischen Kreisräten deutet nicht darauf hin, dass von Gebietsreformen eine ernste Gefahr für das kommunalpolitische Ehrenamt ausgeht. Dennoch können sie die Arbeit der

Mandatsträger erschweren. Dem sollten eine verbesserte Informations- und Kommunikationsausstattung sowie neue Formen der Arbeitsteilung und interner Spezialisierungen entgegenwirken.

GEBIETSREFORM – EIN KOMMUNALPOLITISCHER DAUERBRENNER

Keinem deutschen Flächenland sind Gebietsreformen fremd. Nach mehreren Reformwellen seit den 1960er-Jahren erlebt Deutschland seit rund zehn Jahren eine Renaissance des Themas. Allein seit 2006 haben Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz den Zuschnitt ihrer Kreise oder Gemeinden den sich verändernden Rahmenbedingungen angepasst. In einer ganzen Reihe weiterer Bundesländer wird das Thema aktuell diskutiert (vergleiche auch Abbildung 1), in Brandenburg und Thüringen stehen Landtagsbeschlüsse unmittelbar bevor. Dahinter steht der immer gleiche Beweggrund: Verwaltungen sollen durch die Nutzung von Synergieeffekten, Skalenerträgen oder Verbundvorteilen effizienter werden. In ländlichen Gegenden, in denen die Bevölkerung altert und schrumpft, sinkt die Zahl der Bürger pro Rathaus oder Landratsamt. Ein engmaschiges Netz von Verwaltungsstellen wird unter diesen Umständen ineffizient und bei schwindenden Steuerrückflüssen und Zuweisungen auch schwerer zu finanzieren. Verwaltungsstruktur-, Funktional- und Gebietsreformen sollen dem entgegenwirken.

Abbildung 1: Seit 2006 wurden kommunale Gebietsreformen ...



... politisch diskutiert.
... beschlossen.

Quelle: Institut für den öffentlichen Sektor in Anlehnung an Kuhlmann, S./Wollmann, H. (2014): „Introduction to Comparative Public Administration: Administrative Systems and Reforms in Europe“

Kontakt

Institut für den öffentlichen Sektor e.V.
Klingelhöferstraße 18
10785 Berlin

Dr. Ferdinand Schuster
Geschäftsführer
T +49 30 2068 2060
de-publicgovernance@kpmg.com
www.publicgovernance.de

Autorin: Svenja Ems

Die enthaltenen Informationen sind allgemeiner Natur und nicht auf die spezielle Situation einer Einzelperson oder einer juristischen Person ausgerichtet. Obwohl wir uns bemühen, zuverlässige und aktuelle Informationen zu liefern, können wir nicht garantieren, dass diese Informationen so zutreffend sind wie zum Zeitpunkt ihres Eingangs oder dass sie auch in Zukunft so zutreffend sein werden. Niemand sollte aufgrund dieser Informationen handeln ohne geeigneten fachlichen Rat und ohne gründliche Analyse der betreffenden Situation.